



## Steffen Kampeter MdB

Abgeordneter für den Mühlenkreis Minden-Lübbecke.  
Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister  
der Finanzen.

CDU

zur Sache

Berlin, 05. März 2010

**Herzlich Willkommen!**

**Aus erster Hand möchte ich Sie heute über aktuelle Themen meiner politischen Arbeit in Berlin und im Mühlenkreis Minden-Lübbecke informieren.**

Der "Mühlenkreis-Bote" heißt künftig "zur Sache". Dieser Titel soll Programm und Verpflichtung sein. Mit einem Mausklick auf "weiter" gelangen Sie jeweils zu weiterführenden Informationen.

### Sozialstaatsdebatte

Plumpe Polemik und Pauschalierungen sind in der gegenwärtigen Debatte zu Reformen unseres Sozialstaates unangebracht. Wir befinden uns in einem thematisch äußerst ernsten politischen Diskurs. Die Aufgabenstellung, der wir uns stellen müssen, ist gewaltig. Bei der Umsetzung des Hartz IV-Urteils des Bundesverfassungsgerichtes stehen nicht nur die Bedarfssätze, Härtefallregelungen, sondern auch Hinzuverdienstmöglichkeiten und das Schonvermögen für Empfänger des Alg II auf dem Prüfstand. Dies wird der Sozialstaat schultern müssen - ohne an Gleichgewicht verlieren zu dürfen. Als Finanzpolitiker liegt mir daran, Ausgaben- und Einnahmenseite umsichtig auszubalancieren. Die Union stellt sich dieser Herausforderung und will zügig Lösungen im Sinne des Urteils ausarbeiten und umsetzen. Ein Kernstück der Neugestaltung der SGB II-Regelsätze wird die Stärkung der Chancen- und Teilhabegerechtigkeit für Kinder sein. Unser Ziel ist hier, dass Kinder so schnell wie möglich aus der Grundsicherung herauskommen – nachhaltig und mit guten Perspektiven. Vorstellbar ist, dass diese Grundsicherung zu Teilen bargeldlos umgesetzt wird.

**WEITER**

### Im Jobcenter-Streit ist die Union an der Seite der Kommunen

Der seit Jahren schwelende Konflikt um die Zukunft der Jobcenter könnte bald beigelegt werden. Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen und die Ministerpräsidenten der unionsgeführten Länder verständigten sich auf eine Verfassungsänderung, mit drei wesentlichen Inhalten. Zum einen obliegt es allen Kommunen, für die alleinige Aufgabenwahrnehmung zu optieren und zum anderen sollen die Argen in ihrer bestehenden Form fortbestehen. Über die Optionskommunen wacht eine Einheitliche Bundesaufsicht (Rechts- und Fachaufsicht). Mit dieser Verfassungsänderung würde erreicht, dass die Zusammenarbeit von Kommunen und Bundesagentur für Arbeit auf eine sichere rechtliche Grundlage gestellt wird. Darüber hinaus wird das Bestandrecht allen 69 Optionskommunen unbefristet gewährt. So wird auch unser Mühlenkreis über den Stichtag 31. Dezember 2010 weiterhin als Optionskommune arbeiten können.

### Kommission zur Stärkung der Gemeindefinanzen

Grünes Licht gab das Bundeskabinett dieser Tage zur Einrichtung einer Gemeindefinanzkommission. Ein konsequenter, richtiger Schritt. In vielen Gesprächen haben mir gegenüber Bürgermeister unserer Kommunen wie auch Landrat Dr. Ralf Niermann darauf gedrängt, auf Bundesebene Maßnahmen zu prüfen und zu erarbeiten, um die kommunale Selbstverwaltung wieder zu stärken. Nun stimmten die Regierungsglieder unserem Vorhaben aus dem Finanzministerium zu, ein eigenes Gremium dafür zu schaffen. Auf Basis zeitnaher Bestandsaufnahmen soll es Lösungsvorschläge zu drängenden Problemen des kommunalen Finanzsystems erarbeiten, um so der Regierung Empfehlungen zu unterbreiten, wie eine Neuordnung der Gemeindefinanzierung aussehen kann. Das war längst überfällig, denn die aktuelle Entwicklung der Kommunalfinanzen zeigt, dass das kommunale Finanzsystem stark schwächelt: Zwar konnten mit den Mitteln aus dem Konjunkturpaket II vorübergehend finanzielle Engpässe überbrückt werden, dennoch ist das System an sich weiterhin fragil. Die Finanzprobleme vieler Kommunen engen ihre Handlungsspielräume ein.

**WEITER**

## **Euro muss stabil bleiben**

Mit Sorge verfolge ich die aktuelle wirtschaftliche und finanzpolitische Entwicklung in Griechenland. Der Euro ist jetzt zum ersten Mal seit seiner Einführung in einer schwierigen Situation. Die weltweite Finanzmarktkrise sowie die haushälterische Misswirtschaft und extrem hohe Neuverschuldung von Griechenland stellt die gesamte Eurozone vor große Herausforderungen. Das Ziel ist klar: der Euro muss stabil – eine harte Währung – bleiben und deutsche Steuerzahler vor zusätzlichen Belastungen geschützt werden. Aus diesem Grund ist es richtig, dass die Europäische Kommission Griechenland unter verschärfte haushaltspolitische- und wirtschaftliche Überwachung stellte. Danach hat Athen bis 2012 Zeit, sein gravierendes Staatsdefizit wieder in den Griff zu bekommen.

**WEITER**

## **Arbeitsmarkt strukturell gefestigt**

Meteorologisch hat der Frühling Einzug gehalten. Der Schneereichtum und die Kälte der hinter uns liegenden Monate haben sich nicht, wie befürchtet, gravierend auf den Arbeitsmarkt ausgewirkt. Auch im Mühlenkreis ist dieser positive Trend spürbar, wie in Gesprächen unter anderem mit Handwerkern erfahren konnte. Dass sich deutschlandweit der Arbeitsmarkt im Februar strukturell gefestigt und mit unerwartet niedrigem Niveau der Erwerbslosigkeit zeigte, bestätigt uns in unserer Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik. Das Instrument der Kurzarbeit hat maßgeblich dazu beigetragen, den Anstieg der Arbeitslosigkeit zu dämpfen. Wir werden nun prüfen, inwieweit die Übernahme der Sozialversicherungs-Beiträge über das Jahr 2011 möglich ist.

**WEITER**

## **Bahn soll sicherer und kundenfreundlicher werden**

Als christlich-liberale Koalition stehen wir zur Verlagerung von Verkehr auf die Schiene. Die vor 16 Jahren begonnene Bahnreform soll weitergeführt und, wenn es der Kapitalmarkt zulässt, eine schrittweise und ertragsoptimierte Privatisierung der Transport- und Logistikbereiche eingeleitet werden. Grundvoraussetzung jedoch ist, was dieser Tage Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer auf den Punkt brachte, die Bahn muss sich kundenfreundlicher, sicherer und am gemeinwirtschaftlichen Interesse besser ausrichten. Bahnchef Dr. Grube hatte während seines Besuches in Minden diesbezüglich versprochen, innerhalb der nächsten drei Monate prüfen zu lassen, wie der Bahnhof Minden kunden- und verkehrsfreundlicher gestaltet werden kann.

**WEITER**

## **1. Mühlenkreis-Dialog**

Die "Kommunen stärken" unter diesem Credo stand der „1. Mühlenkreis-Dialog“ nach der Kommunalwahl zudem ich Landrat Dr. Ralf Niermann sowie die Bürgermeister des Mühlenkreises nach Berlin einlud. In den kommenden Monaten gilt es auf Bundes- und Landesebene Maßnahmen zu prüfen, um die kommunale Selbstverwaltung wieder zu stärken. Für unseren Gedankenaustausch besuchten wir Bundesminister Wolfgang Schäuble Finanzministerium. Angedacht ist, diesen Dialog in regelmäßigen Abständen fortzuführen.

**WEITER**

## **Mittel aus dem Konjunkturpaket kommen an**

Die Mittel aus dem Konjunkturpaket II kommen an – vor Ort und so auch den Handwerkern unserer Region zu

Gute. Davon überzeugte ich mich unter anderem bei Besichtigungen von geförderten Projekten in Espelkamp sowie während eines Informationsgespräches bei der Kreishandwerkerschaft. Wir alle wissen, Stillstand ist keine Option. Nur gemeinsam werden wir die gegenwärtige Krise meistern. Als verantwortlicher Politiker wollte ich mir ein genaues Bild darüber machen, wie Entscheidungen, die wir in Berlin treffen, bei den Menschen im Mühlenkreis ankommen.

**WEITER**

zur Website von Steffen Kampeter **WEITER**

"zur Sache" abbestellen? **WEITER**

V.i.S.d.P. Steffen Kampeter MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Nachfragen oder Anregungen telefonisch unter 030-227-79495 bzw. schriftlich an [steffen.kampeter@bundestag.de](mailto:steffen.kampeter@bundestag.de)